

**STADT KARLSRUHE**  
**Ortsverwaltung Stupferich**

**Niederschrift Nr. 08/2015**

über die Sitzung des Ortschaftsrates Stupferich  
am: Mittwoch, 22.07.2015  
Beginn: 19:00 Uhr  
Ende: 21:04 Uhr

in Karlsruhe-Stupferich, Sitzungssaal.

-----

Vorsitzender: Ortsvorsteher Alfons Gartner

Zahl der anwesenden Ortschaftsräte: 11

Es waren anwesend:

**CDU:** OR Abendschön, OR Paul, OR Kast, OR Donecker, OR Brenk,  
OR Nagler

**FW:** OR Gartner, OR Baumann, OR Vogel, OR Patzelt, OR Schwemmler

**Es fehlten:**

**a) entschuldigt:** OR Becker (FWV)

**b) nicht entschuldigt:**

**Schriftführerin:**

Sabine Sauter (OV Stupferich)

**Sonstige Verhandlungsteilnehmer:** Herr Kaufmann (AfA, zu TOP 1 und 2),  
Herr Vallendor (Vorsitzender Gemeinschaft Bergle e. V., zu TOP 4)

Die Einladung zu dieser Sitzung, datiert vom 10.07.2015, Zeit, Ort und Tagesordnung sind am 17.07.2015 in der Stadtzeitung der Stadt Karlsruhe ortsüblich bekannt gegeben worden.

**8. Sitzung des Ortschaftsrates Stupferich am Mittwoch, 22.07.2015**

**Protokoll zu**

**TOP 1: Vergabeverfahren zur Vergabe der Behandlung/Verwertung von Bioabfallmengen der Stadt Karlsruhe;  
Bericht - Information zur Durchführung der Ausschreibung**

**Blatt 1**

---

**Der Vorsitzende** (Ortsvorsteher Gartner) begrüßt die Anwesenden und führt aus, dass sich ORin Becker für die heutige Sitzung entschuldigt hat.

Er tritt nun in die Tagesordnung ein.

Er begrüßt Herrn Kaufmann, den Leiter des Amtes für Abfallwirtschaft zu den Tagesordnungspunkten 1 und 2.

**Herr Kaufmann** bedankt sich für die Einladung. Er äußert sich zu der bisherigen Anlage in der Bioabfall verwertet wurde. Sie wurde 1996 in Betrieb genommen und sei mittlerweile zu teuer und veraltet. Sie hätte hauptsächlich dazu gedient, das ökologische Wohngebiet 50 Morgen mit Biogas zu versorgen. Er sei selber erst seit Oktober 2013 Leiter des Amtes für Abfallwirtschaft. Es hätte davor von der Stadt Karlsruhe aber schon Pläne gegeben, eine eigene Anlage zu betreiben, um die Bioabfallmenge aus dem Stadtgebiet durch Trockenvergärung zu verarbeiten. Jedoch sei der Widerstand der Bürgerinitiativen so hoch gewesen, dass sich die Stadt 2013 dazu entschlossen habe einen Schritt zurück zu gehen und die Bürger in den Lösungsprozess mit einzubinden. Der Lösungsfindungsprozess habe sich vom 1. bis zum 3. Quartal 2014 hingezogen. Die Entscheidung der Bürgerschaft sei dann so ausgefallen, dass die zukünftige Biogasanlage nicht durch die Stadt Karlsruhe betrieben werden solle sondern durch einen privaten Betreiber. Dies sei vorteilhafter, da ein privater Betreiber mehr Technologien zur Verfügung habe und günstiger arbeiten könne als die Stadt, die einmalig so eine Anlage aufbauen würde. Im Herbst 2014 wurden die Vorgaben der Bürger vom Gemeinderat entsprechend umgesetzt. Die Ausschreibungen seien derzeit noch am Laufen. Es sei eine Trockenvergärungsanlage vorgesehen. Diese könne im Stadtgebiet oder außerhalb, sollte jedoch nicht mehr als 150 km entfernt von Karlsruhe entstehen. Der Vorteil einer Anlage im Stadtgebiet wäre, dass dann zur Anlieferung des Bioabfalls keine zusätzlichen Sammelfahrzeuge benötigt würden. Weiter als 150 km wolle man wegen der CO<sup>2</sup> Belastung nicht gehen. Durch Biogas würden fossile Brennstoffe ersetzt werden. Der Vertrag würde über einen Zeitraum von 20 Jahren abgeschlossen werden. Dies sei die übliche Abschreibungsdauer einer solchen Anlage. Die Preisobergrenze würde 70 €/netto pro Tonne betragen. Die bisherige Nassvergärung hätte 300€/netto pro Tonne gekostet. Er erläutert weiter, wie das gewonnene Biogas verwendet wird. Es könne zu 100 % zur Wärmezeugung genutzt werden. Es könne auch zu Biomethan aufbereitet und ins bestehende Erdgasnetz eingespeist werden. Der Gärrest würde zu Substrat aufbereitet. Die Leistungsaufnahme solle möglichst am 01.07.2016 erfolgen. Es gäbe Anbieter, die schon im Besitz einer entsprechenden Anlage wären. Würde die Stadt sich für einen Anbieter ohne eigene Anlage entscheiden, muss dieser sich darum kümmern, dass die Frist eingehalten werden kann.

**8. Sitzung des Ortschaftsrates Stupferich am Mittwoch, 22.07.2015**

**Protokoll zu**

**TOP 1: Vergabeverfahren zur Vergabe der Behandlung/Verwertung von Bioabfallmengen der Stadt Karlsruhe;  
Bericht - Information zur Durchführung der Ausschreibung**

**Blatt 2**

---

**Der Vorsitzende** erläutert, dass sich für den Bürger nichts ändern würde.

**Herr Kaufmann** zeigt sich verwundert, wie wenig Bioabfall in Karlsruhe gesammelt würde. Karlsruhe läge hierbei unter dem Durchschnitt von 60 kg pro Einwohner im Jahr.

Es gäbe allerdings noch eine Dunkelziffer der Bioabfallmenge die im Restmüll landen würde. Diesen müsste man wiederum zu einem hohen Preis in Mannheim verbrennen lassen. Durch eine bessere Trennung könne somit ein besserer Einspareffekt erzielt werden.

**OR Baumann (FWV)** bedankt sich für die Ausführungen von Herrn Kaufmann. Unter dem Aspekt der Wirtschaftlichkeit würde es bedeuten, dass desto mehr Bioabfall gesammelt würde, umso weniger Kosten entstehen würden.

**Herr Kaufmann (AfA)** führt aus, dass es einen Prognosewert gäbe. Im Landkreis Karlsruhe würde kein Bioabfall gesammelt werden. Dies wären weiße Flecken, die geschlossen werden müssten.

**OR Baumann (FWV)** fragt an, ob der Landkreis in das Projekt nicht mit eingebunden werden könne.

**OR Kast (CDU)** hat drei Fragen:

1. Wo befände sich der Umschlagsplatz, wenn der Bioabfall außerhalb der Stadt transportiert werden müsse.
2. Ob die Anlage im Eisenhafengrund noch in Betrieb sei.
3. Soweit er wüsste, sei die Sammlung des Bioabfalls auch in Karlsruhe noch nicht flächendeckend eingeführt.

**Herr Kaufmann (AfA)** äußert sich zuerst zur 3. Frage: In der Satzung der Stadt Karlsruhe sei die separate Sammlung von Biomüll festgeschrieben. Die Bürger hätten jedoch die Möglichkeit, sich von dieser Pflicht befreien zu lassen, wenn sie angeben, selber zu kompostieren. Leider würde dennoch viel Bioabfall in den Restmülltonnen landen. Zu Frage 2: Der Umschlagplatz wird nicht vorgegeben, da dem Betreiber freie Hand gelassen wird, wo er die Anlage betreibt. Zu Frage 1: Ende Mai 2015 wurde die Nassvergärungsanlage außer Betrieb genommen. In der Interimsphase hätte man sich mit einem Betreiber in Hessen zusammengeschlossen.

**OR Abendschön (CDU)** fragt an, ob die Ausschreibung europaweit erfolgt sei.

**8. Sitzung des Ortschaftsrates Stupferich am Mittwoch, 22.07.2015**

**Protokoll zu**

**TOP 1: Vergabeverfahren zur Vergabe der Behandlung/Verwertung von Bioabfallmengen der Stadt Karlsruhe;  
Bericht - Information zur Durchführung der Ausschreibung**

**Blatt 3**

---

**Herr Kaufmann (AfA)** bejaht dies. Da der Betrag mit 25 – 30 Millionen Euro oberhalb der Schwellengrenze läge, hätte europaweit ausgeschrieben werden müssen. Der Entsorgungsmarkt sei jedoch ein regionaler Markt, so dass davon auszugehen ist, dass ein nationaler Anbieter den Zuschlag erhalten wird.

**OR Nagler (CDU)** erkundigt sich nach der Größe der benötigten Fläche für solch eine Anlage.

**Herr Kaufmann (AfA)** erwidert, dass eine Fläche von 8 000 – 10 000 m<sup>2</sup> bei enger Bebauung ausreichen würde.

**OR Nagler (CDU)** fragt an, ob es solch eine große Bebauungsfläche in Karlsruhe überhaupt noch gäbe.

**Herr Kaufmann (AfA)** antwortet, dass es in den Außenbereichen durchaus Flächen von solch einer Größe gäbe. Die Stadt würde jedoch keinen Standort vorgeben, dieser müsse vom Bieter selber gefunden werden.

**OR Nagler (CDU)** fragt nach, wie das Gebiet 50 Morgen heizungstechnisch derzeit versorgt werde.

**Herr Kaufmann (AfA)** antwortet, dass dies über eine Holzhackschnitzelheizung durch die Stadtwerke erfolge. Dies basiere auf einer technischen Überlegung. Da es sich um eine alte Anlage handelt, könne diese nur als Wärmetauscher genutzt werden. Es würde Deponiegas dazu gemischt werden. Durch eine neue Technik wäre es möglich nur Wärme und kein Gas zu erzeugen.

**OR Baumann (FWV)** erkundigt sich nach dem Unterschied von gutem und schlechtem Methan.

**Herr Kaufmann (AfA)** erklärt, dass man das so nicht benennen könne. Es käme vielmehr auf die Zusammensetzung und den tatsächlichen Methangehalt an. Beim Biogas läge der Methangehalt bei 55 bis 58 %. Der Rest sei CO<sup>2</sup>. Durch das Absaugen der Deponie von außen würde der Methangehalt derzeit jedoch nur 35% betragen, was für die Gasnutzung zu gering wäre. Hier sei mindestens ein Methangehalt von 43 % notwendig.

**OR Kast (CDU)** erkundigt sich, ob ein Landwirt evtl. auch ein möglicher Anbieter zum Betreiben der vorgesehenen Biogasanlage wäre.

**8. Sitzung des Ortschaftsrates Stupferich am Mittwoch, 22.07.2015**

**Protokoll zu**

**TOP 1: Vergabeverfahren zur Vergabe der Behandlung/Verwertung von Bioabfallmengen der Stadt Karlsruhe;  
Bericht - Information zur Durchführung der Ausschreibung**

**Blatt 4**

---

**Herr Kaufmann (AfA)** verneint dies. Die technischen Voraussetzungen einer landwirtschaftlichen Biogasanlage seien anders. Im Gegensatz zu der von der Stadt Karlsruhe vorgesehenen Anlage, wäre bei einer landwirtschaftlichen keine weitere Aufbereitung möglich.

**OR Nagler (CDU)** fragt nach, wie das Restprodukt aus der Biogasanlage zu Humus verarbeitet werden würde.

**Herr Kaufmann (AfA)** erläutert den Prozess: Der verbleibende Restbrei müsse gerührt werden. Anschließend würde er entwässert, das gewonnene Wasser würde wieder in den Aufbereitungsprozess zurückgeführt werden. Der Gärrest würde anaerob stabilisiert werden. Es fände ein nach geschalteter Kompostierprozess mit verschiedenen Veredelungsstufen statt. Dies sei dann ein aufbereiteter Gärrest.

**Der Vorsitzende** bedankt sich bei Herrn Kaufmann für die Ausführungen zu TOP 1 und meint, dass man den Abfall bei der Stadt Karlsruhe in guten Händen wisse.

**8. Sitzung des Ortschaftsrates Stupferich am Mittwoch, 22.07.2015**

**Protokoll zu**

**TOP 2: Sperrmüllerfassung in der Stadt Karlsruhe;  
Information über die künftige Vorgehensweise**

**Blatt 1**

---

**Der Vorsitzende** (Ortsvorsteher Gartner) geht zum nächsten Tagesordnungspunkt über und meint dazu, dass es viele Diskussionen zum Probetrieb des Sperrmülls auf Abruf gegeben hätte.

**Herr Kaufmann (Af)** erläutert zunächst die bisherige Verfahrensweise: Der Straßensperrmüll wurde 2013 in 6 und 2014 in 8 Stadtteilen durchgeführt. In den Restlichen Stadtteilen sei seit 2013 der Pilotversuch des Sperrmülls auf Abruf durchgeführt worden.

Es gäbe unterschiedliche Meinungen zu beiden Entsorgungsarten. So würde der Straßensperrmüll teilweise als Event angesehen und böte gerade für sozial schwächer gestellte Menschen die Möglichkeit etwas Verwertbares zu finden. Als Nachteil bezeichnet er jedoch die planmäßigen Sammlungen von Osteuropäern und die Problematik des wilden Mülls. So hätte man nun nach Ablauf der Pilotphase 4 Varianten zur Auswahl gehabt:

- **Jeder Stadtteil entscheidet selber, welche Form der Sperrmüllentsorgung gelten soll**
- **Nur Sperrmüll auf Abruf**
- **Nur Straßensperrmüll**
- **Mischvariante 1x pro Jahr Straßensperrmüll und 1 x pro Jahr Sperrmüll auf Abruf**

Die Kosten für den Straßensperrmüll seien im verdichteten Raum durch den immensen Nachreinigungsaufwand höher. Die Entscheidung sei schließlich für die Mischvariante gefallen.

**OR Kast (CDU)** fragt nach, ab wann diese Regelung für Stupferich in Kraft treten würde.

**Herr Kaufmann (AfA)** erwidert, diese Regelung würde ab 2016 gelten. Es gäbe einen Plan mit dem festgelegten Termin und einmal sei eben frei wählbar.

**OR Kast (CDU)** bemerkt, dass der Sperrmüll auf Abruf gerade für ältere Menschen oft problematisch wäre und begrüßt die Neuregelung.

**Herr Kaufmann (AfA)** verweist auf die Kapazität der Müllautos. Beim Straßensperrmüll wären oft Stoffe dabei, die dort nicht hingehörten, wie große Elektrogeräte oder sogar Schadstoffe. Den Sperrmüll auf Abruf gäbe es in anderen Städten zum Teil schon seit 20 Jahren. Er spricht weiter von einem Gewöhnungseffekt von 3 bis 4 Jahren.

**8. Sitzung des Ortschaftsrates Stupferich am Mittwoch, 22.07.2015**

**Protokoll zu**

**TOP 2: Sperrmüllfassung in der Stadt Karlsruhe;  
Information über die künftige Vorgehensweise**

**Blatt 2**

---

**OR Baumann (FWV)** erklärt, dass seine Fraktion mit dieser Lösung zufrieden sei. Der Gemeinderat hätte seiner Ansicht nach eine gute Entscheidung getroffen. Auch er sähe die Problematik für die älteren Leute beim Sperrmüll auf Abruf. Er meint, dass es an der Bequemlichkeit vieler Menschen läge, dass eine anschließende Reinigung durch die Stadt erforderlich sei.

**OR Nagler (CDU)** befürwortet die getroffene Entscheidung nicht. Er hätte schon von vielen Bürgern gehört, die keine guten Erfahrungen mit dem Sperrmüll auf Abruf gemacht hätten. Hauptsächlich läge es daran, dass das Telefonpersonal so unfreundlich gewesen sei. Außerdem sei seiner Meinung nach zu befürchten, dass der Sperrmüll auf Abruf einschlafen würde, da viele Bürger dann nur den Termin des Straßensperrmülls nutzen würden.

**Herr Kaufmann (AfA)** teilt diese Befürchtung, auch wenn man sich eine 50/50 Nutzung erhoffe. Er denkt, man müsste die nächsten 2 - 3 Jahre evaluieren. Der Sperrmüll auf Abruf könne auch über den Computer beantragt werden.

**OR Nagler CDU)** regt an, das Telefonpersonal nachzuschulen.

**Herr Kaufmann (AfA)** bestätigt, dass die Freundlichkeit des Personals als Dienstleister unumgänglich sei. Jedoch würden die wenigsten beim Amt für Abfallwirtschaft anrufen, sondern über die Behördenrufnummer 115.

**Der Vorsitzende** merkt dazu an, dass man lange über dieses Thema diskutieren könne. Er sei jedoch davon überzeugt, dass sich der Sperrmüll auf Abruf bei den jungen Leuten durchsetzen wird. Beim Straßensperrmüll sähe er den Nachteil, dass die Dinge bis zum Termin gelagert werden müssten, wozu nicht jeder den Raum hätte. Er bedankt sich bei Herrn Kaufmann und lässt ihn in der Anwesenheitsliste unterschreiben.

**8. Sitzung des Ortschaftsrates Stupferich am Mittwoch, 22.07.2015**

**Protokoll zu**

**TOP 3: Verkehrssicherheit / Tempolimit 30**

Antrag der FWV-OR-Fraktion, eingegangen am 01.07.15

**Blatt 1**

---

**Der Vorsitzende** (Ortsvorsteher Gartner) erläutert den Antrag der FWV.

**OR Baumann (FWV)** erläutert nochmals den Antrag. Aus Sicherheitsgründen wolle man einheitlich Tempo 30 einrichten. Er verweist auf die Ausführungen von Herrn Hacker vom Amt für Umwelt und Arbeitsschutz aus der letzten OR-Sitzung. Demnach sei es möglich, Tempo 30 aus Lärmemissionsgründen oder an Gefahrenpunkten einzurichten. Ersteres käme lt. Herrn Hacker nicht in Frage.

**OR Kast (CDU)** merkt an, dass seine Fraktion hinter dem Antrag stehe und verweist auf den gemeinsamen Antrag beider Fraktionen im Januar. Er vermutet, dass der Antrag nun wegen der Aussage von Herrn Hacker in der letzten Sitzung noch einmal von der FW-Fraktion gestellt würde. Er führt weiter aus, dass die Tafel am Ortseingang abgebaut worden sei und erkundigt sich, ob schon eine Auswertung vorläge. Außerdem verweist er auf die ihm vorliegenden Zahlen einer Verkehrszählung im Jahr 2012 und fragt nach, ob es mittlerweile aktuellere Zahlen gäbe.

**Der Vorsitzende** verweist auf die Zuständigkeiten der Fraktionsspitzen, um Anträge in den Ortschaftsrat einzubringen. Er entnehme den Ausführungen von Herrn Kast aber die Zustimmung der CDU. Um den Antrag weiterzugeben, müsse der gesamte Ortschaftsrat dahinter stehen. Er bestätigt die Vermutung von Herrn Kast, dass man es aufgrund der Ausführungen von Herrn Hacker nochmals versuchen wolle. Man würde dem Ordnungsamt den Antrag unter dem Aspekt des sicheren Schulweges und der zukünftigen Einrichtung für behinderte Menschen (HWBV-Neubau) noch einmal vorlegen.

Zur Anzeigetafel führt er weiter aus, dass es sich dabei nur um einen probeweisen Betrieb gehandelt habe. Die Daten würden derzeit ausgewertet werden. Er vermutet, dass nach der Auswertungsphase eine fest installierte Anzeigetafel dort aufgebaut würde.

Die ihm vorliegenden Verkehrszahlen seien auch aus 2012. Er meint, dass man nach dem Umbau des Ortseinganges eine aktuelle Zählung veranlassen könne.

Er sei auch von Bürgern mehrfach darauf angesprochen worden, dass die Anzeigetafel nicht immer in Betrieb gewesen sei. Dies hätte aber daran gelegen, dass sie nur probeweise in Betrieb war.

**OR Nagler (CDU)** erkundigt sich, bis wann mit einer Antwort gerechnet werden könne.

**Der Vorsitzende** erwidert, dass es seiner Meinung nach durchaus ein Vierteljahr dauern könne und verweist auf die anstehende Urlaubszeit.



**8. Sitzung des Ortschaftsrates Stupferich am Mittwoch, 22.07.2015**

**Protokoll zu**

**TOP 3: Verkehrssicherheit / Tempolimit 30**

Antrag der FWV-OR-Fraktion, eingegangen am 01.07.15

**Blatt 2**

---

**OR Patzelt (FWV)** erkundigt sich, ob bei einer evtl. Erweiterung der Tempo30-Zone auch eine regelmäßige Verkehrsüberwachung vorgesehen sei. Weiter fragt sie nach, ob man diese beim Ordnungsamt dann beantragen müsse oder ob das Ordnungsamt von sich aus regelmäßig Kontrollen durchführen würde.

**Der Vorsitzende** vermutet, dass eine Verkehrsüberwachung beantragt werden müsse. Kontrollen seien nötig, er spricht sich aber dafür aus, diese lieber zeitverzögert zu beantragen.

**Der Vorsitzende lässt über den Antrag abstimmen.**

**Abstimmungsergebnis:**

**11 Ja-Stimmen.**

**8. Sitzung des Ortschaftsrates Stupferich am Mittwoch, 22.07.2015**

**Protokoll zu**

**TOP 4: Bergleshalle;  
Sachstandsbericht zur derzeitigen Situation**

Antrag der CDU-OR-Fraktion, eingegangen am 09.07.15

**Blatt 1**

---

**Der Vorsitzende** (Ortsvorsteher Gartner) erläutert den Antrag der CDU-Fraktion und begrüßt dazu Herrn Vallendor, den Vorsitzenden der Gemeinschaft Bergle e.V. Er weist darauf hin, dass Herr Vallendor dem Ortschaftsrat über die aktuelle Situation berichten möchte und bittet aber um eine angemessene Diskussion, da es seiner Meinung nach von politischer Seite her keine Einmischung ins Vereinsleben geben sollte.

**Herr Vallendor** bedankt sich für die Einladung. Er zeigt zunächst den historischen Rückblick auf: 1974 wurde die Bergleshalle aus Mitteln der Stadt Karlsruhe im Zuge der Eingemeindung und unter Arbeitseinsatz der Vereine errichtet. Der Gemeinschaft Bergle e.V. wurde gegründet und hatte zu Beginn 7 Mitgliedervereine. Aktuell seien noch Vereine (Musikverein Lyra, Gesangverein Eintracht, FWV, VDK und Kleintier- und Vogelzuchtverein) Mitglied. Seien weniger als 3 Vereine Mitglied, würde der Verein aufgelöst werden und die Halle an die Ortsverwaltung fallen. Die Haupteinnahmequelle seien Fremdvermietungen, insbesondere türkische Hochzeiten. In den 90er Jahren sei die Bilanz gut gewesen und der Verein hätte teilweise sogar einen Gewinn erzielt. Zuletzt hätten jedoch weniger als 7 Veranstaltungen pro Jahr dort stattgefunden, so dass lediglich die laufenden Kosten gedeckt worden seien. Abschreibungen seien nicht berücksichtigt und Rücklagen würden aktuell keine gebildet werden. So würde letztendlich pro Jahr ein Verlust von ca. 10 000 – 20 000 € entstehen.

Die Halle würde einige Mängel aufweisen, so sei der Feuerwehr-Hydrant defekt und es gäbe erhebliche bauliche Auflagen zum Brandschutz, die nicht umgesetzt seien. Außerdem sei bei einer Begehung durch den WKD festgestellt worden, dass die Küche nicht den Vorschriften entspreche. Die Schließanlage müsste zudem ausgetauscht werden, da mehrere Hauptschlüssel fehlen würden. Die Elektrik im Bühnenbereich müsste überholt werden. Die Möbel in der Halle würden nicht dem Verein, sondern der Brauerei Moninger gehören. Es gäbe einen Leasingvertrag mit der Auflage Bier zu verkaufen.

Nun läuft der Vertrag aus und Moninger möchte die Möbel zurück haben oder verlangt, dass Veranstaltungen stattfinden, bei denen Bier ausgeschenkt wird. Es seien erhebliche Renovierungsarbeiten bei den Böden und an den Rollläden bei der Getränkeausgabe notwendig. Außerdem seien der Bodenputzautomat und das Behinderten-WC defekt. Die Gesamtkosten für die notwendigen Maßnahmen, um die Halle überhaupt wieder in Betrieb nehmen zu können, wie z.B. Reparatur der Notbeleuchtung und die Erfüllung der Brandschutzmaßnahmen, würden sich schätzungsweise auf ca. 200 000 € belaufen. Ein neuer Bodenbelag würde schon mit 70 000 € zu buche schlagen. Es seien jedoch lediglich Rücklagen von 50 000 € vorhanden. Das Bauordnungsamt hätte die Halle begutachtet und die Nutzung der Halle inklusive den WC-Räumen und des

**8. Sitzung des Ortschaftsrates Stupferich am Mittwoch, 22.07.2015**

**Protokoll zu**

**TOP 4: Bergleshalle;  
Sachstandsbericht zur derzeitigen Situation**

Antrag der CDU-OR-Fraktion, eingegangen am 09.07.15

**Blatt 2**

Jugendraumes untersagt. Die WCs dürften nur mit einer Ausnahmegenehmigung bei Veranstaltungen außerhalb der Halle genutzt werden (so z. B. bei der Festmeile). Es sei derzeit schwer, Mitglieder zu finden. So sei der Posten des Schriftführers derzeit nicht besetzt und der 1. und 2. Vorsitzende seien Mitglieder des Musikvereins. Von den fünf Mitgliedsvereinen hätte eigentlich nur der Musikverein noch ein Interesse daran, weiter Veranstaltungen in der Bergleshalle durchführen zu können. Die übrigen Vereine hätten sich dagegen ausgesprochen. 20 bis 30 Veranstaltungen pro Jahr wären erstrebenswert, evtl. würde man anstreben, Sponsoren zu gewinnen. Die Vereine würden aber keine Investitionen tätigen, bis die Situation geklärt sei. Von Seiten der Vereine gäbe es die Tendenz, die Halle künftig nur noch als Lagerraum zu nutzen. Evtl. könne man Unterstellmöglichkeiten für Wohnwägen zur Vermietung anbieten. Des Weiteren gäbe es Überlegungen, einen Veranstaltungsraum für genehmigungsfreie Veranstaltungen, wie Proben herzurichten. Derzeit seien Fremdvermietungen durch die Stadt Karlsruhe jedenfalls untersagt.

**Der Vorsitzende** bedankt sich für die ausführliche Darstellung und stellt seine Sicht dazu da. Er fragt noch mal wegen dem angesprochenen Verlust nach. Er meint, dann müsse der Verein ja insolvent sein? Er nähme an, dass damit die wirtschaftlichen Abschreibungen gemeint seien.

**Herr Vallendor** bestätigt, dass es sich um einen bilanztechnischen Verlust handeln würde. Es sei versäumt worden, entsprechende Rücklagen zu bilden und entsprechend Geld in die Renovierung der Halle zu investieren.

**Der Vorsitzende** informiert darüber, dass die Ortsverwaltung vom Bauordnungsamt über das Nutzungsverbot der Halle unterrichtet wurde und dazu angehalten worden sei, das Verbot zu überwachen. Er führt weiter aus, dass der Ortschaftsrat lediglich über die aktuelle Situation informiert werden solle. Der Ortschaftsrat könne jedoch nicht zur Lösungsfindung beitragen.

**OR Kast (CDU)** bedankt sich bei Herrn Vallendor für seinen ausführlichen Bericht. Auch er sieht es so, dass keine Beschlussfassung durch den Ortschaftsrat erfolgen könne. Er denkt jedoch, dass man es in den Fraktionen besprechen könne. In den Anfangsjahren sei Stupferich von den Nachbargemeinden um die Bergleshalle beneidet worden, jetzt werde man eher deswegen ausgelacht. Es sei in früheren Jahren versäumt worden, Geld in die Renovierung zu investieren. Bei der kürzlich stattgefundenen Festmeile, sei der Zusammenhalt der Vereine beim Auf- und Abbau positiv gewesen. Es sei eine andere Zeit wie früher, die Bereitschaft der Mitglieder sich zu engagieren, sei

**8. Sitzung des Ortschaftsrates Stupferich am Mittwoch, 22.07.2015**

**Protokoll zu**

**TOP 4: Bergleshalle;  
Sachstandsbericht zur derzeitigen Situation**

Antrag der CDU-OR-Fraktion, eingegangen am 09.07.15

**Blatt 3**

---

nicht mehr so vorhanden. Er würde es aber befürworten, wenn die Halle nicht endgültig in eine Lagerhalle umgebaut werden würde, so dass man sie weiterhin auch als Veranstaltungsort würde nutzen können.

**OR Baumann (FWV)** bedankt sich ebenfalls für den informativen Bericht. Er ist der Ansicht, dass sich Politik und Vereinspolitik nicht in die Quere kommen sollten. Die Politik könne jedoch unterstützend tätig werden. Durch das Höhenstadtteilkonzept sähe er jedoch einen Anknüpfungspunkt für den Ortschaftsrat.

**Herr Vallendor** ist der Ansicht, da es sich um ein städtisches Grundstück handelt, auf dem die Halle steht, sollte auch der Ortschaftsrat dahinterstehen.

**OR Baumann (FWV)** sagt zu, dass man darüber sprechen könne, sobald von den Vereinen ein Konzept erarbeitet worden sei.

**OR Brenk (GR)** fragt nach, wie hoch die Summe sei, die aufgewendet werden müsse, um die tatsächlich notwendigen Dinge zu erneuern.

**Herr Vallendor** führt aus, dass allein der Hydrant 25 000 € kosten würde. Die Notbeleuchtung würde 12 000 € kosten, hierfür läge ihm schon ein Angebot vor. Dann müsste die vom WKD beanstandete Küche erneuert und neue Möbel beschafft werden. Diese Summe schätzt er um die 70 000 €. Alles in allem sei von einem Betrag von 100 000 bis 200 000 € auszugehen. Die vorhandene Elektrik allein im Bühnenbereich müsste ersetzt werden und würde auch ca. 5 000 € kosten.

**OR Nagler (CDU)** fragt zum Verständnis noch mal nach, ob die Bergleshalle den fünf Vereinen gehören würde.

**Herr Vallendor** antwortet, dass diese Vereine Mitglieder in der Gemeinschaft Bergle e.V. seien.

**OR Nagler (CDU)** fragt nach, ob die politische Seite keinen Einfluss auf das Fortbestehen hätte.

**Herr Vallendor** antwortet, dass es lediglich einen Erbpachtvertrag über das Grundstück mit der Stadt Karlsruhe gibt, auf den ggfs. Politisch Einfluss nehmen kann.

**8. Sitzung des Ortschaftsrates Stupferich am Mittwoch, 22.07.2015**

**Protokoll zu**

**TOP 4: Bergleshalle;  
Sachstandsbericht zur derzeitigen Situation**

Antrag der CDU-OR-Fraktion, eingegangen am 09.07.15

**Blatt 4**

---

**OR Nagler (CDU)** spricht sich gegen eine Nutzung als Lagerhalle aus und wäre eher dafür, eine andere Lösung zu finden.

**Der Vorsitzende** ist der Ansicht, dass die Vereine für sich überlegen sollten, wie groß ihr Bedarf an der Weiternutzung der Halle als Veranstaltungsstätte sei. Er warnt aber gleichzeitig vor Fremdfinanzierung. Es müsse ein schlüssiges Konzept mit der Möglichkeit, jährlich Rücklagen für Renovierungsarbeiten bilden zu können, vorgelegt werden. Es würde keine Vorgaben durch den Ortschaftsrat geben, die Vereine müssten sich selber Gedanken machen. Bei der Vorlage eines Konzeptes durch die Vereine, würde dann die Möglichkeit bestehen, einen Antrag im Ortschaftsrat mit der Bitte um Investitionshilfe einzubringen.

**OR Nagler (CDU)** fragt bei Herrn Vallendor nach, ob sich die Vereine momentan einig wären, was die Zukunft der Halle anbetreffen würde.

**Herr Vallendor** meint dazu, dass es notgedrungen so sei. Der Musikverein würde die Halle gerne weiter als Veranstaltungsstätte nutzen, die übrigen Vereine hätten eher die Tendenz sie anders zu nutzen.

**OR Patzelt (FWV)** äußert sich zu der Aussage, dass die Nachbargemeinden in früheren Jahren neidisch auf die Bergleshalle gewesen seien. Der Charme sei in den letzten Jahren verloren gegangen. Sie fragt nach, ob es noch notwendig wäre, so eine große Halle als Veranstaltungsstätte zur Verfügung zu haben oder ob man durch einen Rückbau nicht einen größeren Zulauf erzielen würde.

**Herr Vallendor** meint dazu, dass ein Rückbau seiner Ansicht nach wenig Sinn machen würde, da die Auflagen ja blieben. Es würden dann zwar vielleicht etwas geringere Kosten anfallen, durch den Rückbau würden aber wiederum neue Kosten verursacht werden.

**OR Baumann (FWV)** fragt nach, ob die Vereine die Halle bilanziert hätten.

**Herr Vallendor** antwortet, dass die Mitgliedsvereine nach seinem Kenntnisstand dies nicht tun.

**Der Vorsitzende** regt dazu an, sich bei einer zündenden Idee an Herrn Vallendor zu wenden. Nun seien die Vereine gefordert, ein Konzept zu erarbeiten. Er bedankt sich bei Herrn Vallendor und lässt ihn in der Anwesenheitsliste unterschreiben.

**8. Sitzung des Ortschaftsrates Stupferich am Mittwoch, 22.07.2015**

**Protokoll zu**

**TOP 5: Mitteilungen der Ortsverwaltung**

---

**Der Vorsitzende** (Ortsvorsteher Gartner) informiert den Ortschaftsrat darüber, dass das Tiefbauamt und die Stadtwerke vor dem Büro Nippel bereits eine der neuen Kandellaberleuchten installiert habe und dort besichtigt werden könne. Noch würde sie im Verkehrsraum stehen, künftig wäre ihr Standort, wie ja vom Ortschaftsrat beschlossen, direkt an der Hauswand.

Er gibt eine Information von Herrn Schaber weiter bezüglich der Anfrage von Ortschaftsrätin Patzelt aus der letzten Ortschaftsratssitzung. Demnach wäre laut Tiefbauamt in der Straßenverkehrsordnung kein Schild vorgesehen, in dem eine Temporeduzierung vorangekündigt würde. Somit sei es nicht möglich, schon in der Thomashofstraße auf das Tempolimit in der Karlsbader- /Kleinsteinbacher Straße hinzuweisen.

Weiter informiert er bezüglich der Anfrage, ob es möglich wäre, einen Gehweg oberhalb der Böschung anzulegen. Durch die neue Verschwenkung am Ortseingang von Kleinsteinbach her kommend war aus Platzgründen auf einer Seite der Gehweg weggefallen. Man habe nun die Antwort erhalten, dass es schwierig wäre, dort einen öffentlichen Weg anzulegen, da die Fläche zu mehreren privaten Grundstücken gehören würde. Er rät dazu abzuwarten, ob von Seiten der Bevölkerung viel Kritik käme, dass in diesem Bereich nur ein Bürgersteig vorhanden wäre. Dann könne man das Projekt evtl. zu einem späteren Zeitpunkt angehen.

Auf die Anfrage der Ortsverwaltung an die VBK wegen einem Fahrkartenautomat im Probetrieb ging folgende Stellungnahme ein: Durch eine 95% Nutzung von Monats-/ Jahreskarten, der Möglichkeit von Handytickets und einer bereits vorhandenen Verkaufsstelle von Fahrkarten in Stupferich würde die VBK einen Probetrieb ablehnen. Die VBK verweist darauf, dass die bisher schon schwach frequentierte Verkaufsstelle dadurch noch geschwächt werden würde und dass man vermutlich ab 2016 in allen Bussen Fahrkarten erwerben könne.

**8. Sitzung des Ortschaftsrates Stupferich am Mittwoch, 22.07.2015**

**Protokoll zu**

**TOP 6: Verschiedenes**

---

**OR Abendschön (CDU)** informiert über das Modell „intelligente Straßenbeleuchtung“, bei dem die Laternenmasten u.a. mit öffentlichem Internetzugang und einer Ladestation für Elektroautos ausgestattet sind.

**OR Baumann (FWV)** gibt einige Kritikpunkte von Bürgern zur Festmeile weiter:

So sei die Lärmbelästigung durch zu laute Musik vor allem am Samstagabend zu hoch gewesen.

Es seien lauter ortsfremde Personen gewesen, die die Festmeile organisiert hätten. Es hätte jedoch auch positives Feedback gegeben.

**OR Kast (CDU)** gibt ebenfalls Meinungen aus der Bevölkerung wieder. So sei der Vorschlag gekommen, ob man künftig die Bühne im Bereich Ost nicht rumdrehen könne.

**Der Vorsitzende** sagt zu, die gegebenen Hinweise von Verwaltungsseite her aufzunehmen. Er hätte auch Stimmen gehört, die angeregt hätten, die Festmeile wieder in die Ortsstraße zu verlegen. Er meint, dass es trotzdem wieder eine gelungene Veranstaltung gewesen sei. Zudem ist er der Ansicht, dass man der Bevölkerung auch einmal in zwei Jahren eine etwas höhere Lärmbelästigung zumuten könne.

Er schließt die öffentliche Sitzung um 20:40 Uhr.

**Der Vorsitzende:**

**Protokollführerin:**

\_\_\_\_\_  
Alfons Gartner, Vorsitzender

\_\_\_\_\_  
Sabine Sauter (OV Stupferich)

**Urkundspersonen:**

\_\_\_\_\_  
OR Manfred Baumann (FWV)

\_\_\_\_\_  
OR Ludwig Kast (CDU)